

## „Europäische Peripherien“ – „Europäische Identität“

*Über den Umgang mit der Vergangenheit im zusammenwachsenden Europa am Beispiel Polens und Spaniens*

**Von Claudia Kraft**

### **Einführung**

Die für den Mai 2004 beschlossene Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitgliedsstaaten wirft bereits seit einiger Zeit ihre Schatten voraus. Sie erzeugt Debatten in den alten und künftigen Mitgliedsländern, die sich sowohl um Interessen als auch um Identitäten drehen. Die Postulate einer politischen Wertegemeinschaft Europa und einer gemeinsamen europäischen Identität werden von den Tribünen politischer Sonntagsreden hineingetragen in tagespolitische Auseinandersetzungen, in denen es auf der einen Seite um Milchquoten und Abstimmungsmodi, auf der anderen Seite aber auch um ein Gemeinschaftsgefühl in der größer werdenden Europäischen Union geht, die von einem politischen und ökonomischen Zweckbündnis zu einer politischen Wertegemeinschaft werden soll. Es ist keineswegs klar und unbestritten wie ein solches normatives Europaideal, das als wertebezogene Grundlage für das politische Zusammenwachsen der sehr heterogenen Mitglieder der EU dienen soll und das als positiv besetzte „europäische Identität“ postuliert wird, aussehen kann. Gerade am Beispiel der Debatten über eine solche Identität in unterschiedlichen Beitritts- bzw. Mitgliedsländern wird deutlich, dass diese Identität sehr stark Aushandlungsprozessen unterworfen ist und immer auch in Bezug zu den jeweiligen historischen Erfahrungen der einzelnen Länder betrachtet werden muss. Hier soll am Beispiel der Länder Polen und Spanien - einem künftigen und einem schon etablierten EU-Mitglied - deutlich gemacht werden, wie stark die Vorstellung von einer spezifischen europäischen Identität von der Konzeptionalisierung der jeweils eigenen historischen Erfahrungen abhängt: nicht nur in einer rein nationalstaatlich gedachten Perspektive, sondern auch in der Aktualisierung des spannungsreichen Verhältnisses dieser beiden Länder zu einem Europa, das auch in längerer historischer Perspektive schon immer einen Referenzrahmen für Debatten in diesen Ländern abgegeben hat. „Europäische Identität“ ist kein fertiges politisches Konzept oder ein klar umrissenes Set von politischen Werten. Das Reden über sie dient ganz unterschiedlichen Zwecken und Selbstvergewisserungsprozessen.

sen - sowohl in den einzelnen Ländern selbst als auch in der sich als politische Gemeinschaft verstehenden EU. Das soll im Folgenden an einigen aktuellen Beispielen verdeutlicht werden und in dann Bezug zu den unterschiedlichen historischen Erfahrungen der jeweiligen Akteure gesetzt werden.

Dabei treten die beiden Ländern in unterschiedlichen Rollen auf: zum einen sind sie Objekte des Diskurses, mittels dessen die Grenzen und Inhalte eines normativen Europabegriffs aufgezeigt werden sollen. So erinnerten etwa im Herbst 2002 Teile der deutschen Publizistik, als die Forderungen der Türkei nach konkreten Perspektiven für eine künftige Mitgliedschaft in der Europäischen Union lauter wurden, an die gemeinsamen Grundlagen des Projekts, um der Türkei ihren Platz außerhalb desselben zuzuweisen: „Solange in Brüssel nur Erzeuropäer wie Spanier oder Polen an die Tür klopfen, hat sich die EU nicht der Selbstverständlichkeit erinnern müssen, dass eine staatliche Integration nur gelingen kann, wenn es eine gemeinsame Identität und ein gesellschaftliches Zusammengehörigkeitsgefühl gibt; beides lässt sich nicht in der Retorte erzeugen.“<sup>1</sup> Die Funktion, die dem Osmanischen Reich seit dem 16. Jahrhundert zufiel, aufgrund essentiell verstandener kultureller Differenzen zu einer Identitätsbildung in Europa *ex negativo* beizutragen, kann also auch im 21. Jahrhundert - wohl erst recht seit dem 11. September 2001 - beliebig aktualisiert werden.

Die Erhebung der Polen und Spanier in den Adelsstand der „Erzeuropäer“ überrascht aus zweifachem Grund: das Mitgliedsland Spanien hat in der Regel nicht unbedingt den Ruf des EU-Musterknaben, im Gegenteil: aufgrund der oft wenig kompromissbereiten spanischen EU-Beamten in Brüssel bekommt das Land auch schon mal das Etikett des „hässlichen Europäers“ verliehen<sup>2</sup>. Im polnischen Fall sind sich die etablierten EU-Länder sowieso nicht so ganz sicher, ob sie das Land mit seinem kostenintensiven Agrarsektor, seiner veralteten Schwerindustrie und seiner zum Teil recht chaotisch anmutenden politischen Diskussionskultur wirklich dabei haben wollen. Hinsichtlich der argumentativen Konfrontation gegenüber den nicht erwünschten Türken scheint es vor allem die relativ homogene Katholizität der beiden Länder sowie ihre geographische Lage zu sein, die sie zitabel gemacht haben. Den Türken wurde damit ein doppeltes Stoppschild vorgehalten: wir in Europa sind ein mehr oder weniger einheitlich christlicher Klub; geographisch

---

<sup>1</sup> Berthold KOHLER, Auf schiefer Bahn, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. Oktober 2002.

<sup>2</sup> Christian WERNICKE, Der häßliche Europäer. Spanien - Psychogramm eines schwierigen Partners, in: Die Zeit vom 14. September 2000.

decken wir das riesige Territorium vom Atlantik bis zum Bug ab, jegliche weitere geographische Ausdehnung ist daher zumindest im Moment nicht erwünscht.

Nun sind auch in Polen und Spanien selbst über Jahrhunderte hinweg Diskurse über die jeweilige Rolle einer „Vormauer der Christenheit“ geführt worden, in denen man sich der Rolle der Verteidiger eines christlich gedachten Abendlandes rühmte. Sie im Jahr 2002 an die Adresse der Türkei zu richten, zeugt eher von einer irrationalen Beschwörung von Geschichte als einer rationalen Analyse der Gründe für Europazugehörigkeit bzw. Ausgrenzung. Dienen Polen und Spanien in diesem Fall als selbstverständlicher Bestandteil einer exklusiv verstandenen europäischen Identitätskonzeption, so ist ihr Verhältnis zu dem, was dieses normativ gedachte Europa ausmachen soll, in anderen Zusammenhängen keineswegs spannungsfrei. Gerade in den letzten Monaten sind die beiden Länder mehrfach ganz offensiv als Kritiker des vermeintlichen oder tatsächlichen Grundkonsenses aufgetreten, der die derzeitige bzw. künftige Wertestruktur der EU ausmachen soll. Erinnerung sei hier nur an den Dissens über die militärische Intervention der USA im Irak, der sich Polen und Spanier gegen die Auffassung anderer EU-Mitglieder anschlossen, oder an die Auseinandersetzungen um die künftige Verfassung der Union. Das Ringen um den Abstimmungsmodus, wie ihn der Vertrag von Nizza festgelegt hatte und der sowohl Polen als auch Spaniern ein relativ großes Gewicht in den Gemeinschaftsgremien gab, mag als interessengeleiteter Poker gelten, der in politischen Auseinandersetzungen gang und gäbe ist. Das Beharren auf der Anrufung der christlichen Religion in der Präambel der künftigen EU-Verfassung macht deutlich, dass hier Länder aufeinander treffen, die im Prinzip ähnlichen Traditionsbeständen ganz unterschiedliches Gewicht zuschreiben. Noch deutlicher wird die bestimmende Rolle historischer Erfahrungen für aktuelle Argumentationsstrategien am Beispiel der Auseinandersetzung um den militärischen Einsatz im Irak. Während westeuropäische Intellektuelle wie Jacques Derrida und Jürgen Habermas die selbstkritische Auseinandersetzung mit den totalitären Erfahrungen des Kontinents im 20. Jahrhundert als eine moralische Grundlage für die Gestaltung politischen Handelns betrachten und auf dieser Grundlage eine „europäische Weltinnenpolitik“ dem us-amerikanischen Hegemonialstreben entgegenhalten<sup>3</sup>, argumentieren Polen und Spanier auch historisch, aber mit diametral entgegengesetztem Ergebnis. Gerade die Erfahrung autoritärer bzw. totalitärer Herrschaft am eigenen Leib, ließ für viele Polen die Intervention zu einem *sine qua non* für eine internationale Gemeinschaft werden, die sich auf demokratische Werte beruft.

---

<sup>3</sup> Jaques DERRIDA und Jürgen HABERMAS, Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. Mai 2003.

Und die Nähe Spaniens zur Außenpolitik der USA macht ein ums anderes Mal deutlich, dass für dieses Land - nicht zuletzt auch historisch begründet - Europa nicht das einzige Gravitationszentrum ist, um das es sich zu kreisen lohnt.

Schon diese wenigen Beispiele zeigen, dass es vor dem Hintergrund des sich vollziehenden Erweiterungsprozesses der Europäischen Union lohnend ist, nach der Bedeutung der Relationalität einer europäischen Identität für einzelne Mitgliedsstaaten bzw. künftige Mitglieder zu fragen. Wie definieren sich diese gegenüber einem zwar normativ verstandenen Europabegriff, dessen Inhalt sich selbst ebenfalls in einem ständigen Aushandlungsprozess befindet? Welche Rolle spielt diese Norm für die Selbst- wie Fremdwahrnehmung einzelner europäischer Staaten - vor allem wenn man deren Geschichte vor dem Spiegel einer vor allem in den letzten zweihundert Jahren als Erfolgsmodell gekennzeichneten „europäischen Geschichte“ betrachtet? Wie wird die eigene Geschichte, die mehr oder weniger eklatant von der europäischen „Norm“ abweicht, betrachtet und integrationskompatibel gemacht? Dabei soll die Geschichte Polens und Spaniens vor dem Hintergrund eines spezifischen Europaideals zueinander in Beziehung gesetzt werden, um zu zeigen, wie in den beiden Ländern mit dem jeweiligen problematischen historischen Erbe vor dem Hintergrund normativ verstandener Integrationsanforderungen umgegangen wurde und wird. Nicht zuletzt interessiert auch die Frage, wie sich Wechselwirkungen zwischen den polnischen und spanischen Debatten und einem allgemeineuropäischen Diskurs über die künftige Identität der Gemeinschaft gestalten.

### **Der geschichtsregionenübergreifende Vergleich zwischen Polen und Spanien**

Die Rede von einem „Kerneuropa“, das quasi als politische Avantgarde den Integrationsprozess in Europa vorantreiben soll, ist nicht neu. Vor einigen Jahren (1994) bezog der Unionspolitiker Wolfgang Schäuble diesen Begriff auf die ökonomisch stärksten Mitglieder der EU, die, ohne durch „rückständigere“ Länder gebremst zu werden, vor allem die wirtschaftliche Integration der damals noch kleineren Gemeinschaft vorantreiben sollten. Außenminister Joschka Fischer skizzierte in einer viel beachteten Rede im Jahr 2000 ein europäisches „Gravitationszentrum“, das Ausgangspunkt einer vertieften politischen Integration werden sollte. Der Aufruf Derridas und Habermas' im Jahr 2003 richtete sich nun vor allem auf die europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Gemeinsam scheint all diesen Initiativen zu sein, dass ein Konsens besteht über das „wahre“, „fortschrittliche“ Europa, das ungefähr gleich geographisch verordnet wird. Zu diesem „Kern“ gehörten bzw.

gehören weder Polen und Spanien. Und ihre Beobachtungen dieses sich als europäische Norm verstehenden Zentrums von ihrer jeweiligen Peripherie aus hat eine ebenso lange Tradition wie die Rede von der Rückständigkeit, mit denen diese Peripherien vom Zentrum aus bedacht wurden. Vereint zwar in ihrer jeweils peripheren Lage, aber zwei ganz unterschiedlichen Geschichtsregionen angehörend, scheint der Vergleich der polnischen und spanischen Geschichte nicht unbedingt nahe zu liegen. Lange war ein solcher Vergleich quasi „zeitgeistbestimmt“ sogar nahezu unmöglich: die Zugehörigkeit zu den beiden unterschiedlichen Blöcken sowie die Erfahrungen eines faschistischen bzw. kommunistischen Systems schienen vor 1989 einen Vergleich von selbst zu verbieten. Bestimmte geopolitische Zuschreibungen erwiesen sich als ausgesprochen hartnäckig. Auf die Relativität und Konstruiertheit einer „europäischen Norm“ wurde eingangs schon hingewiesen. Interessanterweise reflektierte der polnische Historiker Joachim Lelewel (1786-1861) bereits vor knapp 200 Jahren über das Problem von „Normen“ und „Sonderwegen“: Seine „Historische Parallele zwischen Polen und Spanien im 16., 17. und 18. Jahrhundert“ wollte nicht den spanischen Absolutismus bzw. den polnischen Ständestaat als anachronistischen Sonderweg brandmarken, sondern die Darstellung der beiden Niedergangsprozesse verwissenschaftlichen und einen übergeordneten Bewertungsmaßstab aufstellen, ohne von vornherein eine Verfassungsform als die allein Erfolg versprechende zu benennen. Es könnte durchaus lohnend sein, an eine solche Perspektive anzuknüpfen, die gerade nicht von einer übergeordneten Norm ausgeht und die somit auch das selbstgewisse „Zentrum“ einer kritischen Reflexion aussetzt.

### **Selbst- und Fremdwahrnehmung in Europa**

So konstruiert eine europäische Norm auch immer sein mag: ihre Wirkungsmacht für die Selbst- und Fremdwahrnehmung der beiden Länder in Europa gerade während der letzten 200 Jahre ist nicht zu unterschätzen. Das Bewusstsein, dem (nordwest)europäischen Entwicklungsideal nicht mehr zu entsprechen, wurde den beiden Ländern seit der Aufklärung ganz massiv vermittelt. Interessant dabei ist, dass „Rückständigkeit“ damals nicht dem Osten vom Westen angekreidet, sondern dass mehrere rückständige Peripherien ausgemacht wurden, die nicht unbedingt im Osten lagen, sondern vielmehr durch gemeinsame Faktoren wie etwa die katholische Konfession geprägt waren. Dass sich Europa nicht in einem Ost-West-Dualismus beschreiben lässt, sondern sich in multiplen Peripherien konstituiert, musste nach dem Kalten Krieg erst wieder mühsam entdeckt werden. Die

Reaktionen auf diese Peripherisierung waren in den beiden Ländern unterschiedlich. Während in Polen das Bemühen überwog, sich in Beziehung zu Europa zu setzen, und die Differenz mit einem nur temporär verstandenen Entwicklungsdefizit begründet wurde, dominierten in Spanien Abgrenzungsdiskurse, die die Eigenart des Landes gegenüber Europa betonten und gerade im Nichteuropäischen die zu bewahrende spanische Eigenart sahen. Solche Abgrenzungsdiskurse erinnern stark an Russland, in Polen sind sie eher selten. Durchaus vergleichbar und von nicht zu unterschätzender Wirkung auf die Selbstwahrnehmung der beiden Länder waren die positiven Stereotypisierungen, die sie durch europäische Beobachter von außen erhielten. Die Spanienbegeisterung, die die Romantiker dem rein rationalen Entwicklungsdenken der Aufklärung entgegenhielten oder die Polenbegeisterung des Vormärz spielen keine unbedeutende Rolle bei der Konstruktion historischer Meistererzählungen, die im polnischen Fall auf den messianischen Helden, im spanischen auf die Vertretung der wahren Werte des „christlichen Abendlandes“ rekurrieren.

Wurden bislang vor allem Diskurse betont, die ausgehend von einer europäischen Norm die polnische wie spanische Geschichte vor allem als Konstrukte spezifischer Selbst- und Fremdwahrnehmungen erscheinen lassen, so sei doch an dieser Stelle auch auf einige strukturgeschichtliche Merkmale hingewiesen, die sich als fruchtbar für eine vergleichende Untersuchung erweisen können. Die polnischen und spanischen Diskurse zur Abgrenzung von bzw. Einschreibung in Europa erhielten ihre Dynamik nicht zuletzt dadurch, dass seit dem späten 18. Jahrhundert ein immer klarer ausgeprägter Referenzrahmen sichtbar wurde, an dem „Europäizität“ messbar zu werden schien. Es sind jedoch gerade die politischen und ökonomischen Umwandlungsprozesse, die zur Ausbildung bürgerlicher, mehr oder weniger stark industriell geprägter Gesellschaften führten, die in den beiden betrachteten Ländern mit Verspätung oder in deutlich abgewandelter Form abliefen. Die Auflösung der mittelalterlichen christlichen Einheit Europas, die Nationalisierung der religiösen Kulturen sowie die zunehmende Bedeutung eines sich globalisierenden und in stärker internationale Interaktion tretenden Wirtschaftssystems waren Faktoren, die zur Ausbildung des als fortschrittlich betrachteten (nord-)westeuropäischen Zentrums beitrugen. Demgegenüber waren es in Polen und Spanien eine modernisierungsfeindliche Agraroligarchie sowie die Dominanz der katholischen Konfession, deren gesellschaftliche Prägekraft weit über rein innerreligiöse Belange hinausging, Faktoren, die das Bild der beiden Länder nachdrücklich bestimmten und sie deutlich als „Abweichler“ kennzeichneten.

## **Krisenhaft empfundene Geschichte und nationale Meistererzählungen**

Im 19. Jahrhundert entstanden in beiden Ländern spezifische Geschichtsdeutungen, die sich auch im 20. Jahrhundert als prägend für die Interpretation historischer Abläufe erweisen sollten. Es liegt nahe, diese Deutungen und Erzählweisen der Vergangenheit als historische Meistererzählungen zu bezeichnen: „Historische Meistererzählungen unterscheiden sich erstens von anderen historischen Erzählungen dadurch, dass sie beanspruchen, die zentrale Entwicklungslinie der sozialen Gemeinschaft, auf die sie sich beziehen, befriedigend zu erklären und eine Orientierungsfunktion für die Zukunft zu erfüllen, und zweitens durch die verbreitete Akzeptanz, die darin begründet liegt, dass sie wichtige Bedürfnisse der Bevölkerung erfüllten.“<sup>4</sup>

Ähnlich der polnischen Perspektive, die seit den Teilungen des Landes im späten 18. Jahrhundert dazu tendierte, das Geschichtsbild in die Kategorien polnische Nation vs. fremde Mächte aufzuteilen, wird auch die spanische Geschichtsbetrachtung von einer dichotomischen Wahrnehmung dominiert. Hier ist es die Rede von den „Zwei Spanien“ (dem städtischen, liberalen und säkularen Spanien gegenüber dem von katholischer Kirche und Militarismus geprägten Spanien des Großgrundbesitzes), die sich unversöhnlich gegenüber gestanden und die in letzter Konsequenz den Bürgerkrieg unausweichlich gemacht hätten. Durch solche dichotomischen Bilder wird der Blick auf die sehr viel komplexeren realen Entwicklungswege der beiden Gesellschaften verstellt. In beiden Fällen wird ein statisches Geschichtsbild gezeichnet, das die Multikausalität und Ambivalenzen der historischen Entwicklungen negiert.

### *Die „Zwei Spanien“ und der Bürgerkrieg*

Die stereotype Wahrnehmung der „Zwei Spanien“ verfestigte sich seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts zunehmend. Die Darstellung gesellschaftlicher Konfliktlinien erfolgte mit großer Regelmäßigkeit nach dem Muster der Gegenüberstellung zweier unversöhnlich erscheinender Gegensätze. Auseinandersetzungen zwischen den baskischen, galizischen oder katalanischen Peripherien und dem kastilischen Zentrum, zwischen der traditionellen Agraroligarchie und einem modernen städtischen Bürgertum, zwischen antiklerikalen Liberalen und dem staatstragenden Katholizismus wurden als Glaubenskriege inszeniert,

---

<sup>4</sup> Matthias MIDDELL/Monika GIBAS/Frank HADLER, Sinnstiftung und Systemlegitimation durch historisches Erzählen. Überlegungen zu Funktionsmechanismen von Repräsentationen des Vergangenen, in: Zugänge zu historischen Meistererzählungen (= Comparativ 10 [2000] Nr. 2), Leipzig 2000, S. 7-35, hier: S. 26.

deren friedliche Beilegung auf dem Wege gesellschaftlicher und politischer Aushandlungs- und Reformprozesse unmöglich erschien. Tatsächlich wurde aufgrund der nur teilweise erfolgten gesellschaftlichen Modernisierung sowie der Beibehaltung vormoderner Herrschaftspraktiken im Spanien des 19. Jahrhunderts die Ausdifferenzierung der politischen Landschaft verhindert. Die politisch dominanten Schichten unterschieden sich weit mehr durch weltanschauliche Scheingefechte als durch die Vertretung differenzierter gesellschaftlicher und politischer Interessen. Die Repräsentation sozialer und regionaler Interessengruppen unterblieb, was zu deren Radikalisierung beitrug und sie in Frontstellung zum existierenden System brachte, anstatt sie in dieses zu integrieren. Die Gegensätze „unitaristisch-föderal“ bzw. „monarchistisch-liberal“, die zur Kennzeichnung der politischen Landschaft herangezogen wurden, trafen zumeist nicht die realpolitischen Konfliktherde. Als solche wären etwa die auch durch die Agrarreform des 19. Jahrhunderts nicht grundsätzlich veränderten Besitzverhältnisse auf dem Lande zu benennen. Dazu kam die funktionale Schwäche des Staates auf den Gebieten Verwaltung, Rechtssprechung und Bildung. Die mangelnde staatliche Leistungsfähigkeit auf lokaler Ebene untergrub die staatliche Autorität und stärkte das System der im *caciquismo* institutionalisierten Herrschaft ländlicher Honoratioren. Schließlich dominierte während des gesamten 19. Jahrhunderts ein künstlicher Parteiendualismus von Konservativen (*partido conservador*) und Liberalen (*partido liberal*) das politische System: in ihrer politischen und sozioökonomischen Programmatik waren diese beiden Gruppierungen kaum zu unterscheiden, ihre Wortführer gehörten in der Regel der gleichen engen Wirtschafts- und Politikelite an.

Trotz der vielfältigen Ursachen für die krisenhafte Entwicklung von Politik und Gesellschaft in Spanien wurde beharrlich am Bild der „Zwei Spanien“ als Urübel aller Konflikte festgehalten. Dieses Bild implizierte eine Vision von „Einheit“ als absoluten Wert, den es (wieder-)herzustellen galt. Als eine solche Wiederherstellung von Einheit wurde Francos Sieg im Bürgerkrieg über die Republikaner betrachtet. Tatsächlich hat es weder die „Zwei Spanien“ noch die postulierte „Einheit“ des Landes jemals gegeben. Unter der dualistischen Parteienherrschaft der Restaurationszeit gärten bis ins 20. Jahrhundert hinein gesellschaftliche Konflikte, die keine politische Repräsentation fanden. Unter dem zentralistischen und zu durchgreifenden sozialen Reformen nicht fähigen Restaurationsregime entstanden in den sozialistischen, anarchistischen und regionalistischen Bewegungen „außersystemische“ Kräfte, deren Virulenz nach dem Zusammenbruch des Restaurationsregimes spätestens seit Beginn des 20. Jahrhunderts in immer heftigeren sozialen und regionalen Konflikten deutlich wurde.

Vor dem Hintergrund des Regionalismusproblems, der Agrarfrage sowie der Stellung von Militär und Kirche im Staat nahmen die gesellschaftlichen Interessenkonflikte an Schärfe zu. Die Diktatur unter Miguel Primo de Rivera (1923-1930) zeigte sich zu einer Lösung dieser Konflikte unfähig. Die zweite spanische Republik, die 1931 ausgerufen wurde, ging an die Lösung der genannten Probleme vor allem in den ersten beiden Jahren ihres Bestehens aktiv heran. Sie trug damit zur gesellschaftlichen Politisierung und Mobilisierung bei. Der Militärputsch unter Francisco Franco (1892-1975) beendete diesen schwierigen Prozess der gesellschaftlichen Interessenaushandlung. Zur Legitimierung seines Vorgehens stellte Franco sein militärisches Vorgehen als „Kreuzzug“ bzw. als „nationalen Befreiungskrieg“ dar, der den Niedergang des Landes stoppen sollte. Er erneuerte damit das statische Bild der „Zwei Spanien“ und machte aus dem Bürgerkrieg einen weltanschaulichen Glaubenskrieg, vor dem die politischen und gesellschaftlichen Interessenkonflikte, die die Zweite Republik de facto belastet hatten, in den Hintergrund traten. Die Wirkungsmacht der Rede von den „Zwei Spanien“, die es zu versöhnen gelte, wurde erneut im Rahmen des ausgehandelten Systemübergangs in den siebziger Jahren deutlich.

#### *Der polnische Opfermythos und die Dichotomie von „Staat“ und „Gesellschaft“*

Auch für die polnische Geschichte erwies sich das 19. Jahrhundert als besonders fruchtbar für die Entstehung einer spezifischen historischen Meistererzählung, die ihre Erklärungskraft auch im 20. Jahrhundert nicht einbüßte. Infolge der Teilungen der polnisch-litauischen Adelsrepublik am Ende des 18. Jahrhunderts entstand die Vorstellung von einer polnischen Gesellschaft, die in ständiger Konfrontation zu den fremdnationalen und im Falle Preußens und Russlands vor allem auch fremdkonfessionellen Staaten stand. Der Widerstandswille der Nation fand seinen Fluchtpunkt in den zahlreichen bewaffneten Aufständen des späten 18. und vor allem des 19. Jahrhunderts. Deren Scheitern befestigte das Bild Polens als dem „Christus der Völker“. Die Erinnerung an die Aufstände schuf ein Pantheon romantisch verklärter Nationalhelden. Die erneute Auslöschung polnischer Staatlichkeit durch die beiden totalitären Mächte Deutsches Reich und Sowjetunion im 20. Jahrhundert, die nationalsozialistische Okkupations- und Vernichtungspolitik sowie die gewaltsame Implementierung des kommunistischen Systems nach dem Zweiten Weltkrieg hatten zur Folge, dass sich die historische Erinnerung sehr stark auf die Dichotomie „Wir“ (Gesellschaft) versus „Sie“ (Staat, Machthaber) fokussierte. Diese spezifische Form des Erinnerns ließ die als krisenhaft wahrgenommenen gesellschaftlichen Entwicklungen des

19. Jahrhunderts fast ausschließlich als Folge der Existenz der Polen als Nation ohne Staat erscheinen. Ähnlich wie im spanischen Fall verdeckte diese Betrachtungsweise tatsächlich vorhandene gesellschaftliche und ökonomische Interessenkonflikte, die einer sozioökonomischen Modernisierung und politischen Pluralisierung entgegenstanden und somit die Abweichung von einer „europäischen Norm“ begründeten.

Die statische Gegenüberstellung von polnischer Gesellschaft und fremdnationaler Teilungsmacht entsprach nicht den historischen Abläufen im 19. Jahrhundert. So war das politische Handeln polnischer Eliten keineswegs immer nur durch den altruistischen Impetus bestimmt, die politischen und ökonomischen Interessen der polnischen Nation gegen die Teilungsmächte zu verteidigen. Je nach der Politik der einzelnen Teilungsmächte konsolidierten die Eliten ihre eigenen materiellen Bedürfnisse und ihr Sozialprestige mit unterschiedlichen Strategien, die nur teilweise - wie etwa im Falle des preußischen Teilungsgebietes - die Entstehung einer funktional ausdifferenzierten polnischen Gesellschaft beförderten. Andernorts stärkten Adlige ihre überkommene Position in der postfeudalen Gesellschaft durch Elitenkompromisse mit der Teilungsmacht und stellten damit ihr Eigeninteresse deutlich in den Vordergrund.

### **Der ausgehandelte Systemübergang: Ein Gründungsmythos?**

Vor dem Hintergrund der Entstehung von Meistererzählungen in Reaktion auf die jeweils als krisenhaft empfundene Geschichte stellt sich die Frage, ob in den beiden Ländern ähnliche Strategien zu beobachten sind, die den ausgehandelten Systemübergang von einem autoritären hin zu einem pluralistischen Regime als einen demokratischen Gründungsmythos beschreiben bzw. ob aus einer bestimmten Interpretation der Geschichte Legitimität für aktuelles politisches Handeln abgeleitet werden soll. Der Systemwechsel erfolgte in beiden Ländern auf dem Wege einer zwischen den alten und neuen Eliten ausgehandelten Verständigung. Während allerdings der in der spanischen Variante geschlossene Kompromiss, die durch den Bürgerkrieg aufgerissenen und unter Franco weiter bestehenden Gräben durch generelle Amnestie und Amnesie zu beschweigen, weitgehend eingehalten wurde, kam es in Polen trotz des Kompromisses zwischen der Opposition und der ehemaligen Staatsmacht am Runden Tisch rasch zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Einordnung der Phase des sozialistischen Polens in die gesamtpolnische Geschichte sowie zu Debatten über den Umgang mit Tätern bzw. die Grade der Anpassung an das Regime innerhalb der Bevölkerung. Während die Spanier den unter Franco

ausgegebenen Slogan „Spanien ist anders“ vergessen machen wollten, enthusiastisch die materiellen Segnungen der Zugehörigkeit zur Europäischen Gemeinschaft begrüßten und sich an den ausgehandelten Schweigekonsens hielten, der zu Beginn des Systemwechsels beschlossen worden war, kam es in Polen in der noch andauernden und durch ökonomische Härten sowie politische Formierungsprozesse gekennzeichneten Übergangsphase zu einer Bedeutungszunahme geschichtsorientierter Debatten.

Schon auf den ersten Blick scheinen die politischen Transformationsprozesse in Polen und Spanien vergleichbar, weil in beiden Fällen die politischen Akteure der Opposition zusammen mit den bislang Regierenden den Systemwandel aushandelten. Bei einer weiter gefassten Analyse scheinen aber auch auf der Ebene unterhalb der politischen Eliten Ähnlichkeiten auf. So hatten in beiden Ländern bereits lange vor dem schließlich ausgehandelten Übergang politische Reformprozesse eingesetzt. Das Vorhandensein einer politisch aktiven Bürgergesellschaft, die sich in der liberaleren Endphase der beiden Regime gebildet hatte, wurde etwa in den breiten Streikbewegungen sichtbar, die dann die sozialen und ökonomischen Neuerungen und Härten im Transformationsprozess sowohl in Spanien als auch in Polen kritisch kommentierten. Dennoch war in beiden Ländern eine Tendenz festzustellen, gerade das punktuelle Ereignis des Elitenkompromisses in den Jahren 1975 bzw. 1989 als Erfolg versprechenden Ausgangspunkt für die gesamtgesellschaftliche Demokratisierung zu betonen. Der Mythos vom alles entscheidenden friedlichen Aushandlungsprozess hielt jeweils unterschiedlich lange und wurde dann Gegenstand von Kritik, was nicht zuletzt auch mit der gesellschaftlichen Prägekraft der zuvor dargestellten Meistererzählungen zu tun hat.

In Spanien zeichnete die Erzählung von den „Zwei Spanien“, deren destruktives Potential in die „Tragödie“ des Bürgerkrieges geführt habe, dafür verantwortlich, dass der Schweigekonsens, den man über die im Bürgerkrieg und daran anschließend in der franquistischen Diktatur begangenen Verbrechen verhängt hatte, lange Jahre weitgehend eingehalten wurde. Der Mythos von der „Unregierbarkeit“ der Spanier wurde von allen politischen Lagern der Post-Franco-Zeit als gültige Interpretation der Geschichte gesehen. Das Fortwirken dieses Mythos und seine politische Instrumentalisierung zeigten sich darin, dass auch ehemalige Franco-Gegner wie die Sozialisten die Politik des Schweigens über eine Aufarbeitung der Verbrechen stellten: „Mit ihrer Geschichtslosigkeit setzt die spanische Sozialdemokratie den in der Franco-Zeit erzwungenen Gedächtnisverlust des Volkes fort. In beiden Fällen diente die Marginalisierung und Verdrängung von Geschichte

der Stabilisierung bestehender Machtverhältnisse.“<sup>5</sup> Das Schreckbild des Bürgerkrieges wurde immer dann bemüht, wenn der politische Reformprozess in Gefahr schien: der Hinweis auf 1936 sollte die Notwendigkeit zur friedlichen Verständigung, zudem aber auch das Ruhenlassen alter Konflikte begründen. Aus der Strategie, den Reformprozess aus der rein negativen Bezugnahme auf die spanische Geschichte zu legitimieren, erwuchs der Mangel an positiven Bezugspunkten. Daraus ergab sich, dass der friedliche Übergang als Wert an sich zu einem solchen Bezugspunkt und damit inklusive des Schweigekonsenses quasi sakrosankt wurde.

In Polen gab es sowohl bei den Reformern in der ehemaligen kommunistischen Staatspartei wie bei Teilen der am Runden Tisch beteiligten Opposition den Versuch, den dort ausgehandelten Systemübergang zu einer gesamtgesellschaftlichen Versöhnungsstrategie umzudeuten, um den Transformationsprozess nicht zu gefährden. Der „dicke Strich“, den der erste nichtkommunistische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki unter die Vergangenheit ziehen wollte, gehört in den Augen der Gegner dieser politischen Strategie ebenso dazu wie die wiederholten Appelle Adam Michniks als einem der exponiertesten ehemaligen Oppositionellen, eine Versöhnung zwischen dem Lager der Opposition und den Postkommunisten zu betreiben. Aber in dem Maße, in dem in Spanien der Mythos von den „Zwei Spanien“ dafür sorgte, den ausgehandelten Kompromiss als (zunächst einzig möglichen) Bezugspunkt für die neue demokratische Ordnung zu betrachten, verhinderte die polnische Meistererzählung, dass die Verständigung am Runden Tisch als Gründungsmythos des neuen Systems allseits akzeptiert werden konnte. Die neue Unabhängigkeit schien vielen nicht als heroisch erkämpft und das Konsenshandeln zwischen alten und neuen Eliten widersprach dem Bild der althergebrachten Dichotomie von der polnischen Gesellschaft und dem als fremd empfundenen Staat bzw. den Regierenden.

### **Die Rolle der Geschichte beim Systemwandel**

Trotz der unbestrittenen Bedeutung, die der ausgehandelte Systemwechsel für die demokratische Konsolidierung in den beiden Ländern besaß, blieb er in seiner Funktion als Gründungsmythos nicht lange unangefochten. Unterschiedliche historische Erfahrungen brachen sich nun in einer pluralistischen Öffentlichkeit Bahn und artikulierten zum Teil gegensätzliche Vergangenheitsdeutungen. Im spanischen Fall wurde das Axiom, dass sich

---

<sup>5</sup> Walther L. BERNECKER, Der Bürgerkrieg und die spanische Gesellschaft - 50 Jahre danach, in: ders., Krieg in Spanien 1936-1939, Darmstadt 1991, S. 216-226, hier: S. 219.

im Bürgerkrieg alle gleich schuldig gemacht hätten und daher nur ein völliger Neuanfang unter Ausblendung der tatsächlichen Täterschaften und Verantwortlichkeiten zur gesellschaftlichen Versöhnung beitragen könne, zuerst in den Regionen in Frage gestellt. Die angestrebte Homogenisierung des Gedächtnisses und damit die Verwischung der Grenze zwischen Opfern und Tätern trugen dazu bei, dass sich das Gedächtnis regionalisierte. Für die Basken etwa war der Krieg der Jahre 1936-1939 kein Bürgerkrieg in dem Spanier gegen Spanier kämpften, sondern ein Krieg des Zentralstaats gegen die Basken. Dass hier nicht nur das demokratische Bedürfnis nach der Pluralisierung des historischen Gedächtnisses eine Rolle spielt, sondern auch politische Interessen des baskischen militanten Regionalismus stehen dabei außer Frage.

In Polen, wo sich der Diskurs der „Versöhnung“ und des „dicken Strichs“ nie so umfassend durchsetzen konnte wie zunächst in Spanien, artikulierten sich in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit vielfältige gesellschaftliche Interessen. Die Geschichtspolitik der Postkommunisten, die die Entstehung eines sozialistischen Staates 1945 nicht zuletzt als geo- und mächtropolitische Notwendigkeit rechtfertigte, war und ist darum bemüht, die Grenzen zwischen Opfern und Tätern mit dem Slogan zu verwischen, dass ja aufgrund der lebensweltlichen Kontinuitäten nach 1989 im Grunde genommen alle Polen „Postkommunisten“ seien. Interessant ist, dass sich sowohl Angehörige der alten kommunistischen wie der oppositionellen Eliten hinsichtlich einer gesellschaftliche Aussöhnung auf das spanische Beispiel beriefen. General Wojciech Jaruzelski beschwor im Jahr 1992 das Vorbild der spanischen *transición*, das geholfen habe, nach bitteren historischen Erfahrungen die Wunden zu schließen. Auch Adam Michnik rekurrierte häufig auf das spanische Beispiel, wobei er implizit den Diskurs der „Unregierbarkeit“ der Spanier mit der angeblichen ewigen Zerstrittenheit der Polen parallelisierte. Gegner dieser Versöhnungsstrategie kritisierten hingegen, dass es auf diese Weise zu einer Aufweichung der Abgrenzung zwischen Opfern und Tätern komme.

Die Kritik an einer solchen narrativen Deutung der Geschichte der Volksrepublik war im Hinblick auf die Offenlegung von Täterschaft und Verantwortlichkeiten, die erst Grundlage von „Versöhnung“ sein kann, berechtigt. Allerdings schrieb sich der Diskurs der radikalen Aufarbeitung kommunistischer Verbrechen oft in die Meistererzählung von der polnischen Gesellschaft als ewigem Opfer ein. Die von der politischen Rechten vorgenommene Dichotomisierung von „Volk“ und „System“ erschwerte eine ergebnisoffene Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ebenso sehr wie der Versuch von linker Seite, die Legitimität des „Systems“ nicht grundsätzlich in Frage stellen zu wollen. Die aus der Zeit vor

1989 überkommene Symbolpolitik der Oppositionsbewegung, mittels derer sie ihr Engagement in die historische Kontinuität von über 200 Jahren Kampf gegen staatliche Fremdherrschaft - sei sie nationaler oder politischer Natur - stellte, war in der durch ökonomische und soziale Härten gekennzeichneten Transformationszeit für viele sicher eine emotionale Stütze. Dennoch ist auch nicht zu übersehen, dass der antikommunistische Kollektivismus, der aus dieser Symbolpolitik resultierte, in seinem moralischen Fundamentalismus die Entstehung pluralistischer politischer Strukturen erschwerte.

In Spanien erfolgte die Hinwendung zur Vergangenheit erst nach einer Zeit umfassender Enthistorisierung und Entpolitisierung. Während aufgrund der polnischen Meistererzählung Geschichte in den ersten Transformationsjahren eine wichtige gesellschaftliche Funktion besaß, hatte ihr spanisches Pendant zur Folge, dass zunächst jegliche historischen Bezüge ausgeblendet und der Blick nur nach vorn gerichtet wurde. Erst seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre wird die Tragfähigkeit des „Schweigekonsenses“ als Grundlage einer pluralistischen spanischen Gesellschaft in Frage gestellt. Dabei gingen wissenschaftliche Reflexionen über die Bedeutung des historischen Gedächtnisses Initiativen „von unten“ (bzw. im zentralistischen Spanien besser „von den Regionen“)<sup>6</sup> voraus in dem Bemühen, dem ökonomischen und politischen Erfolgsmodell der *transición* nun auch ein Fundament zu geben, das die unterschiedlichen historischen Erfahrungen zu Wort kommen lässt.

### **Europäische Identität und historisches Gedächtnis**

In den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts übte Spanien mit seiner Geschichtsvergessenheit eine gewisse Faszination auf das übrige Europa aus. „Das Spanien der glücklichen achtziger Jahre“<sup>7</sup> entsprach damals dem in erster Linie auf ökonomische Prosperität ausgerichteten Projekt der europäischen Einigung. Seit dem Epochenjahr 1989 hat sich hier jedoch ein tief greifender Wandel vollzogen. Das Ende der Blockkonfrontation und die Auflösung der Nachkriegsordnung von Jalta, die als europäische Wiedervereinigung verstanden wurde, trugen dazu bei, dass nun die Suche nach europäischen Gemeinsamkeiten begann, die der Ost-West-Konflikt überlagert hatte. Die Wiederherstellung des historischen Gedächtnisses wurde in den Staaten Ostmitteleuropas als eine der vor-

---

<sup>6</sup> Seit kurzem bemüht sich etwa die „Asociación para la recuperación de la memoria histórica“ (Vereinigung zur Wiederherstellung des historischen Gedächtnisses) um die Ausgrabung und Identifizierung von Opfern des franquistischen Terrors, der auch Jahre nach Ende des Bürgerkriegs anhält.

<sup>7</sup> Eduardo SUBIRATS, Die postmoderne Moderne. Das Spanien der glücklichen achtziger Jahre, in: Ästhetik und Kommunikation 28 (1997) Nr. 97, S. 89-97.

dringlichen Aufgaben angesehen, wenn es um gesellschaftliche Demokratisierung und die Überwindung der alten Ordnung ging. Eine aktive Auseinandersetzung nicht nur mit der jüngsten Vergangenheit, sondern generell mit historischen Mythen wurde zumindest in intellektuellen Kreisen als Voraussetzung für die Kompatibilität zu einer nicht mehr nur nationalstaatlich legitimierten demokratischen Ordnung gesehen. Die in Ostmitteleuropa viel beschworene „Rückkehr nach Europa“ verknüpfte so das Zusammenwachsen Europas mit einem verstärkten Interesse an den historischen Grundlagen für die angestrebte Demokratisierung und der Wiederherstellung eines pluralistischen historischen Gedächtnisses.

Die jüngsten innereuropäischen Auseinandersetzungen über das Für und Wider einer bewaffneten Intervention im Irak belegen die Aufwertung, die historische Argumentationen in aktuellen Debatten erfahren, eindrücklich. Durch die kritischen Stellungnahmen führender europäischer Intellektueller zum Interventionismus der USA, wurde aus dieser Auseinandersetzung sehr rasch auch eine über die europäische Identität. Und egal wer sich auch an dieser Debatte beteiligte: ohne den Bezug auf die Rolle historischer Erfahrungen kam kein Diskutant aus. Jacques Derrida und Jürgen Habermas postulierten die Bedeutung gemeinsamer historischer Erfahrungen, auf deren Fundament eine gemeinsame europäische Identität erwachsen soll. Eher rhetorisch fragen sie: „Gibt es historische Erfahrungen, Traditionen und Errungenschaften, die für europäische Bürger das Bewusstsein eines gemeinsam erlittenen und gemeinsam zu gestaltenden Schicksals stiften?“<sup>8</sup> Für sie ist die Antwort klar, die kritische Auseinandersetzung mit den Totalitarismen des 20. Jahrhunderts kann zu einem solchen Fundament werden, auf dem europäische Politik der Zukunft gestaltet werden kann. Dabei blenden sie aus, dass die totalitäre Erfahrung in Europa heute in ganz unterschiedlicher Weise im kollektiven Gedächtnis der einzelnen Länder erinnert wird. Es ist eben gerade nicht so, dass Europa nur als „Erinnerungs- und Erfahrungsgemeinschaft“ fraglos ist<sup>9</sup>. Nach den jüngsten innereuropäischen Irritationen scheint nichts falscher als diese These zu sein. Ohne Zweifel gibt es in Europa nach zwei Weltkriegen und zwei Diktaturen einen Konsens des „Nie wieder“; es ist aber gerade die Art und Weise, wie diese Ereignisse erinnert werden, wie sie durch historische Meistererzählungen in ein massenkompatibles Geschichtsbild eingebaut, die zu den Friktionen innerhalb Europas geführt haben und führen werden.

---

<sup>8</sup> Jaques DERRIDA und Jürgen HABERMAS, Unsere Erneuerung (wie Anm. 3).

<sup>9</sup> So Adolf MUSCHG, Kerneuropa. Gedanken zur europäischen Identität, in: Neue Zürcher Zeitung vom 31. Mai 2003.

Dennoch muss das Konzept, auf der Grundlage spezifischer historischer Erfahrungen und des Umgangs mit diesen eine gemeinsame europäische Identität zu entwickeln, keine Sackgasse sein. Störend dabei wirkt aber die etwas paternalistische Haltung des „Zentrums“, das der/ den Peripherie(n) vorzuschreiben scheint, welche Traditionsbestände wie zu aktualisieren sind. In dem Text von Habermas und Derrida fällt auf, dass sie die mangelnde Bereitschaft zur Souveränitätsabgabe bei den ostmitteleuropäischen Beitrittskandidaten zwar hinnehmen, jedoch zu suggerieren scheinen, dass es sich hier nur um ein „rückständiges“, zu überwindendes Bewusstsein handle. Das Jahr 1989 mit dem Umbruch in Ostmitteleuropa kommt bei ihnen in erster Linie als Endpunkt einer Epoche ungestörter politischer und ökonomischer Entwicklung Westeuropas vor. Diese Sicht steht in einem merkwürdigen Kontrast zur neuen Dimension des europäischen Einigungsgedankens, der sich ja auf mehr als auf politischen und ökonomischen Utilitarismus stützen soll. Bereits vor den Debatten über den Irak-Krieg und die bevorstehende EU-Osterweiterung wurde beklagt, dass mit den Institutionen der Europäischen Union bislang in erster Linie Zweckmäßigkeitsurteile, aber keine wertebezogenen Identifikationen verbunden waren. Was fehlte, waren emotionale Konventionen zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Identität. Nicht zu Unrecht wurde die Frage aufgeworfen, inwieweit der „Mythos des friedlichen Verständigungshandelns“<sup>10</sup> der ostmitteleuropäischen Revolutionen zu einer solchen emotionalen Konvention werden könne. Für Adam Krzemiński wie für andere ostmitteleuropäische Intellektuelle ist gerade die „samtene Revolution“ des Jahres 1989 die „moralische Legitimation“ für die Aufnahme der Länder in die EU<sup>11</sup>. Für Habermas wie für andere (west-)europäische Intellektuelle scheint 1989 als „europäisches Ereignis“ hingegen gar nicht vorzukommen<sup>12</sup>.

Dass aber ökonomische Prosperität nicht mehr allein ausreicht, um „Europäizität“ zu demonstrieren, zeigen auch andere Beispiele. Die spanische Hinwendung zur jüngsten Vergangenheit des Landes ist sicher nicht nur durch einen Generationswechsel, sondern auch durch die ostmitteleuropäischen Debatten inspiriert, die den Umgang mit der Vergangenheit auch als Gradmesser für die jeweilige politische Kultur kennzeichnen. Wie virulent generell die Beschäftigung mit der Wiederherstellung des historischen Gedächtnisses ist, demonstriert auch das rege Interesse, das die deutsche Publizistik an den spa-

---

<sup>10</sup> Rien T. SEGERS/ Reinhold VIEHOFF, Die Konstruktion Europas. Überlegungen zum Problem der Kultur Europas, in: Kultur, Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion, hrsg. v. Reinhold Viehoff u. Rien T. Segers, Frankfurt/Main 1999, S. 9-49, hier S. 46f.

<sup>11</sup> Adam KRZEMIŃSKI, Wie einst Kant, so heute Habermas. Die „Kerneuropa“-Initiative, von Polen aus betrachtet, in: Neue Zürcher Zeitung vom 11. Juli 2003.

<sup>12</sup> So Jan ROSS, Die Geister des Pralinengipfels, in: Die Zeit vom 4. Juni 2003.

nischen Aufarbeitungsbemühungen der letzten Monate nimmt. In Spanien selbst ist die Hinwendung nicht nur zur jüngsten, sondern generell zur Geschichte stark durch einen normativen Europabegriff geprägt. So wird zum Beispiel neuerdings das multikulturelle Erbe des Landes betont und der lange Zeit gering geachtete kulturelle Beitrag der muslimischen oder jüdischen Bevölkerung zur Geschichte Spaniens hervorgehoben, um zu beweisen, dass ein zusammenwachsendes, in ethnischer und religiöser Hinsicht fragmentiertes Europa von diesen Traditionen lernen könne.

Die normative Aufladung, die der Europabegriff seit 1989 erfahren hat, birgt aber auch Gefahren. Die zumindest geographisch an der Peripherie der Europäischen Union gelegenen Länder Polen und Spanien haben bereits in vergangenen Jahrhunderten als Kontaktzonen zu anderen Kulturen funktioniert: nicht selten erwuchs daraus ein gewisser Hang zur Kulturträgermission. In politischen und ökonomischen Krisenzeiten konnte dieses unterschwellige Überlegenheitsgefühl auch in Formen des xenophoben Nationalismus umschlagen. Die Dialektik von nationaler und europäischer Identität wird besonders in Abgrenzungsdiskursen deutlich. Während der Appell an eine universalistisch verstandene europäische Identität zunächst emanzipatorischen Charakter haben kann, ist das Umschlagen in einen Essentialismus, der Europäizität vor allem als das Überlegenheitsgefühl gegenüber politisch und kulturell Unerwünschten verkörpert, nicht ausgeschlossen. Wenn sich europäische Identität gegen das „Außereuropäische“ abgrenzt, wird sie ebenso partikular wie einstmals die nationale Identität<sup>13</sup>. In Polen lässt sich das heute zuweilen gegenüber Russland, in Spanien gegenüber den muslimisch geprägten Anrainerstaaten des südlichen Mittelmeers beobachten. Zwecks Schaffung einer europäischen Identität sich auf eine gemeinsame Meistererzählung wie etwa die des antitotalitären Grundkonsenses in Europa einigen wollen, ist zwar gut gemeint, aber in der ausdifferenzierten europäischen Erinnerungslandschaft weder praktikabel noch wünschenswert. Nicht zuletzt deshalb, weil damit die Gefahr verbunden wäre, einen Eurozentrismus zu schaffen, der in seiner Exklusivität ebenso unerwünscht ist, wie es die nationalstaatlichen Historiographien waren, die in der Geschichte des 20. Jahrhunderts einen nicht unbeträchtlichen Anteil beim Schüren inner- und außereuropäischer Konflikte hatten.

---

<sup>13</sup> Gerard DELANTY, Die Transformation nationaler Identität und die kulturelle Ambivalenz europäischer Identität. Demokratische Identifikation in einem postnationalen Europa, in: Kultur, Identität, Europa (wie Anm. 10), S. 267-288, hier: S. 273f.

## Zusammenfassende Thesen

Die vergleichende Betrachtung der polnischen und spanischen Geschichte vor dem Hintergrund des zusammenwachsenden Europas und dessen Suche nach einer gemeinsamen Identität wirft einige interessante Schlaglichter auf die Spezifik dieser Identitätssuche.

1. Zum einen wird deutlich, dass nicht nur „europäische Identität“, sondern „Europa“ selbst Gegenstände eines komplizierten, vielstimmigen Aushandlungsprozesses sind. Dabei wechseln die Teilnehmer an diesem Prozess häufig die Seite der Barrikade. Wir haben gesehen, dass sowohl Polen als auch Spanien einerseits als Objekte in diesen Diskussionen auftauchen – sei es, um als Begrenzungspfeiler einer nicht mehr zu vergrößernden EU ins Feld geführt zu werden oder als eher negative Beispiele für ein nicht den tatsächlichen Integrationsanforderungen entsprechendes „rückständiges“ Bewusstsein zu dienen. Andererseits bestimmen die beiden Länder den Diskurs, was europäisch sei, auch ganz aktiv mit. Mit ihrem Beharren auf der Anrufung der christlichen Religion in der Präambel der EU-Verfassung oder auf der Rechtmäßigkeit der militärischen Intervention im Irak eröffnen sie neue Wertehorizonte und Debattenfelder.

2. Aus dem oben Gesagten geht hervor, dass es mitnichten ein unangefochtenes „Zentrum“ in der EU gibt, das die Richtung und inhaltliche Ausgestaltung des Integrationsprozesses bestimmen kann. Vielmehr wird dieses Zentrum durch die vielstimmigen Debatten selbst herausgefordert, seine eigenen Identitätskonzeptionen zu überdenken und in Frage zu stellen.

3. Gerade die innereuropäische Auseinandersetzung über den Irak-Krieg hat deutlich gemacht, dass Europa kein abgeschlossener Raum ist, der unberührt von globalen Entwicklungen existiert. Die polemische Rede vom „alten“ und „neuen“ Europa, die von außen in die europäische Debatten hineingetragen wurde, hat ihr eine zusätzliche Dynamik verliehen, zumal Polen und Spanien in dieser Außenperspektive als der „fortschrittlichere“ Teil Europas erscheinen. Deutlich wird dabei auch, dass der „Westen“ bzw. die angeblich mit ihm verbundenen Werte in den europäischen Identitätsdebatten bewusst oder unbewusst immer mitgedacht werden.

4. Die Wagenburg-Mentalität, die nicht selten aus den Debatten über die europäische Identität spricht und die vor allem die Abgrenzung gegen politisch und ökonomisch Unerwünschte befördert, wird in die jeweiligen Peripherien Europas getragen und dort zuweilen mit besonderer Schärfe verfochten. Mit dem Erreichen der Wohlstandsinsel Europa kön-

nen fremdenfeindliche Diskurse auf einmal im schönen Gewand der Berufung auf europäische Werte daherkommen. Allerdings ist das beileibe kein Phänomen, das nur in den an den geographischen Rändern der EU gelegenen Länder zu beobachten ist, wie die Abkanzelung der Ukraine oder der Türkei als nicht europatauglich in der deutschen Presse belegt.

5. Unbestreitbar ist, dass historische Erfahrungen einen prägenden Einfluss auf die gegenwärtigen Konzeptionen einer europäischen Identität haben. Allerdings machen gerade die polnischen und spanischen Beispiele deutlich, dass diese Erfahrungen ganz unterschiedlich in den jeweiligen kollektiven Gedächtnissen verankert sind und für den jeweiligen Gebrauch aktualisiert werden. Ein verbindliches Geschichtsbild, auf das sich alle Europäer einst berufen werden, ist eine Utopie.

6. Die jeweilige polnische bzw. spanische historische Meistererzählung ist aber keineswegs statisch. Durch die Debatten über eine gemeinsame europäische Identität, die sich nicht zuletzt auf einen antitotalitären Grundkonsens und auf die aktive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit gründet, werden viele traditionelle Muster der Geschichtsdeutung in Frage gestellt. Die in letzter Zeit zunehmend in Frage gestellte ausschließliche Opferrolle der Polen oder die angeblich heilsame Wirkung des ausgehandelten „Schweigekonsenses“ für die spanische politische Kultur sind Belege dafür, dass transnationale Debatten Einfluss auf die jeweiligen nationalen Selbstwahrnehmungen haben.

7. Die Debatten über eine „europäische Identität“ werden noch immer vor dem Hintergrund nationalstaatlicher historischer Erfahrungen geführt. Zugleich sind sie aber bereits Teil einer die nationalstaatlichen Grenzen überschreitenden europäischen Öffentlichkeit. Dass sie kontrovers verlaufen, ist nicht zuletzt die Konsequenz aus den Reibungsflächen unterschiedlicher historischer Erfahrungen. Sicher ist und bleibt ein bestimmendes Merkmal europäischer Identität ihre Vielstimmigkeit. Ebenso wichtig erscheint aber auch, dass mit der EU ein Diskussionsforum entstanden ist, in dem gleichberechtigte Partner über diese unterschiedlichen Identitätsentwürfe gleichberechtigt verhandeln können.

*Claudia Kraft ist wissenschaftliche Mitarbeiterin  
am Deutschen Historischen Institut in Warschau.*

## Auswahlbibliographie

### *Polen*

Ajnenkiel, Andrzej: Europa - aus polnischer Perspektive, in: Der lange Weg nach Europa. Historische Betrachtungen aus gegenwärtiger Sicht, hrsg. von Wolfgang J. Mommsen, Berlin 1992, S. 231-265.

Hahn, Hans Henning: Die Gesellschaft im Verteidigungszustand. Zur Genese eines Grundmusters der politischen Mentalität in Polen, in: Gesellschaft und Staat in Polen. Historische Aspekte der polnischen Krise, hrsg. von Hans Henning Hahn und Michael G. Müller, Berlin 1988, S. 15-48.

Holzer, Jerzy: Polen in Europa: Zentrum oder Peripherie? In: Europabilder in Mittel- und Osteuropa. Neue Herausforderungen für die politische Bildung. (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Band 337), Bonn 1996, S. 87-104.

Jaworski, Rudolf, Christian Lübke, Michael G. Müller: Eine kleine Geschichte Polens, Frankfurt/Main 2000.

Morawiec, Małgorzata: Antemurale christitanitatis. Polen als Vormauer des christlichen Europa, in: Jahrbuch für Europäische Geschichte 2/2001, S. 249-260.

Transformation und historisches Erbe in den Staaten des europäischen Ostens, hrsg. von Carsten Goehrke und Seraina Gilly, Bern 2000.

Wóycicki, Kazimierz: Opfer und Täter - Die polnische Abrechnung mit der Geschichte nach 1989, in: Vergangenheitsbewältigung am Ende des 20. Jahrhunderts, Opladen 1998 (= Leviathan Sonderheft Nr. 18), hrsg. von Helmut König, Michael Kohlstruck und Andreas Wöll, S. 291-308.

### *Spanien*

Aguilar, Paloma: Memoria and Amnesia. The Role of the Spanish Civil War in the Transition to Democracy, Oxford, New York 2002.

Bernecker, Walther L.: Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg, München<sup>3</sup>1997.

Bernecker, Walther L.: Von der Differenz zur Indifferenz. Die spanische Auseinandersetzung mit dem Bürgerkrieg 1936-1939, in: „Ohne Erinnerung keine Zukunft!“ Zur Aufarbeitung von Vergangenheit in einigen europäischen Gesellschaften unserer Tage, hrsg. von Clemens Burrichter und Günter Schödl, Köln 1992, S. 169-186.

Goytisolo, Juan: Spanien und die Spanier. Frankfurt/ Main 1982 (zuerst 1969).

Macher, Julia: Verdrängung um der Versöhnung willen? Die geschichtspolitische Auseinandersetzung mit Bürgerkrieg und Franco-Diktatur in den ersten Jahren des friedlichen Übergangs von der Diktatur zur Demokratie in Spanien (1975-1978), Bonn 2002 (= Reihe: Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung Heft 48).

Rehrmann, Norbert: Ist Spanien noch *anders*? Historisch-kulturelle Überlegungen zur Genealogie eines Mythos, in: Spanien heute. Politik - Wirtschaft - Kultur, hrsg. von Walther L. Bernecker und Josef Oehrlein, Frankfurt/Main 1993, S. 347-386.

Sotelo, Ignacio: Vergangenheitsbewältigung: Spanien - ein unpassendes Beispiel, in: Vergangenheitsbewältigung 1945 und 1989: ein unmöglicher Vergleich?, hrsg. von Klaus Sühl, Berlin 1994, S. 44-57.

Spanien und Europa. Texte zu ihrem Verhältnis von der Aufklärung bis zur Gegenwart, hrsg. von Hans Hinterhäuser, München 1979.

#### *Vergleich des Systemübergangs*

Dittberner, Susanne: Konsens und Desillusion. Demonstrationseffekte der spanischen Transition, in: Postsozialistische Krisen. Theoretische Ansätze und empirische Befunde, hrsg. von Klaus Müller, Opladen, S. 132-176.

Lessenich, Stefan: Spanischer Wein in osteuropäischen Schläuchen? Das Alte und das Neue am transformationspolitischen „Dilemma der Gleichzeitigkeit“, in: Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995, hrsg. von Lars Clausen, Frankfurt/Main 1996, S. 214-228.

Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America, and Postcommunist Europe, hrsg. von Juan J. Linz und Alfred Stepan, Baltimore 1996.

#### *Europäische Identität*

Brague, Remi: Europa - eine exzentrische Identität, Frankfurt/Main New York 1993.

Fontana, Josep: Europa im Spiegel. Eine kritische Revision der europäischen Geschichte, München 1995.

Kaelble, Hartmut: Europäer über Europa. Die Entstehung des europäischen Selbstverständnisses im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/Main, New York 2001.

Kultur, Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion, hrsg. von Reinhold Viehoff u. Rien T. Segers, Frankfurt/Main 1999.

Langewiesche, Dieter: Historische Wege nach Europa, in: ders., Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa, München 2000, S. 217-230.

Schmale, Wolfgang: Scheitert Europa an seinem Mythendefizit? Bochum 1997.

#### **Redaktionelle Anmerkung:**

Dieser Text ist eine überarbeitete Fassung des Aufsatzes „Europäische Peripherie - Europäische Identität. Über den Umgang mit der Vergangenheit im zusammenwachsenden Europa am Beispiel Polens und Spaniens“, den Claudia Kraft im Jahrbuch für Europäische Geschichte, Band 4 (2003), S.11-37 veröffentlicht hat. Das Jahrbuch für Europäische Geschichte wird vom Oldenbourg-Verlag herausgegeben und erscheint am Institut für Europäische Geschichte (IEG) in Mainz.